

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

W/XXIV/199

Bonn, den 17. Oktober 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

- 2 Der Kurs wird weiter gesteuert 59

Die neue Koalition wird die bewährte Ost- und Deutschlandpolitik
Willy Brandts und Herbert Wehners fortsetzen

Von Dr. Heinz Kreuzmann, MdB

- 4 Ein belangloser Vorgang? 59

Macht ist kein Erbe auf Ewigkeit

5 Landesgrenzen sind keine Hindernisse 30

Gemeinsame Planungsvorhaben von Hamburg und Niedersachsen

ANHANG

- 2 Zwischen Cohn-Bendit und Kommerz 90

Buchmesse in der Phase der Voränderung

Von Wolfgang Tschechne

* * *

Der Kurs wird weiter gesteuert

Die neue Koalition wird die bewährte Ost- und Deutschlandpolitik
Willy Brandts und Herbert Wehners fortsetzen

Von Dr. Heinz Kreutzmann, MdB

Die Ankündigung Willy Brandts, sein Ziel sei es, ein Kanzler der inneren Reformen zu werden, hat ebenso wie der Verzicht der SPD, das Auswärtige Amt in einer künftigen Bundesregierung weiter verwalten zu wollen, Anlaß zu Spekulationen gegeben. Da und dort hat man den Eindruck zu vermitteln gesucht, als ob in der künftigen Bundesregierung die Außenpolitik als zweitrangig betrachtet würde. Einige sind sogar noch weiter gegangen und ließen in Kommentaren die Meinung erkennen, die neue Bundesregierung werde in der Frage der Anerkennungen der DDR und der Oder-Neiße-Grenze wesentlich über das hinausgehen, was der SPD-Teil der bisherigen Bundesregierung vertreten hat.

Darum hat auch der Bund der Vertriebenen in "13 Feststellungen zur Anerkennungsfrage" gemeint, vor einer solchen Politik warnen zu müssen, obwohl bisher weder die Regierungserklärung der neuen Koalition vorliegt noch Veröffentlichungen über den außenpolitischen Teil der Koalitionsverhandlungen publiziert worden sind.

Man geht einfach von extensiven Auslegungen von FDP-Vorstellungen zur Deutschlandfrage aus oder nimmt Einzelerklärungen aus der SPD zum Anlaß, sich Vorstellungen von dem Konzept der kommenden Koalition zu zimmern, die nicht konkret zu belegen sind. Was man dabei immer wieder vergißt, ist eines: Die Tatsache, daß eine siebzehnjährige Verantwortung der CDU in der Ost- und Deutschlandpolitik uns in der deutschen Frage, wie in der des Verhältnisses zu unseren östlichen Nachbarn, keinen Schritt weiter geführt hat. Es gäbe weder Auseinandersetzungen um das Problem der Anerkennung der DDR noch um das der Oder-Neiße-Grenze, wenn die Bundesregierungen der Vergangenheit in diesen Fragen konkrete Ergebnisse erzielt und dadurch weite Teile der deutschen Öffentlichkeit auf die Suche

nach neuen Möglichkeiten und Wegen gedrängt hätten.

So stehen wir im Jahre 1969 vor wesentlich anderen Situationen als etwa in den Jahren 1953, 1955 oder 1961. Keine verantwortliche deutsche Politik kommt daran vorbei, sich diesen Situationen anzupassen und sich auf sie umzustellen, was allerdings nicht gleichbedeutend ist mit einer Kapitulation vor ihnen. Aber eine DDR, die den 20. Jahrestag ihrer Gründung begehen konnte, ist nicht mehr das Regime der Hauptverwaltungen von 1948/49 oder der Staat von 1953, der sich seither nur mühsam über Wasser halten konnte. Es kann auch niemand bestreiten, daß sich seither die Fakten in den Gebieten jenseits der Oder-Liße gewandelt haben. Das festzustellen und sich danach in seiner Politik auszurichten, heißt noch lange nicht, sich einem einseitigen Diktat der anderen Seite zu beugen.

Von diesen Erkenntnissen werden die Vorstellungen und Ansichten beider Koalitionspartner bestimmt. Sie wissen, daß man es nationalsozialistischen Hetzern und Agitatoren nicht allzu leicht machen darf, sie fühlen sich ebenso den Interessen dieses Volkes verpflichtet, wie jene, die zwar viel von der Wahrung dieser Interessen reden, in der Praxis aber sehr wenig dafür getan haben.

Die Politik der Verständigung und des Friedens, wie sie von Willy Brandt und Herbert Wehner konzipiert worden ist, hat viel dazu beigetragen, das Vertrauen in diesen Staat und dieses Volkes zu stärken. Dieses Vertrauen aber ist die einzige Basis, in der wir in der deutschen Frage und der Frage des Verhältnisses zu unseren östlichen Nachbarn weiterkommen.

Diese Politik liegt auch im Interesse der Vertriebenen und Flüchtlinge. Sie bewahrt sie vor der Gefahr, ein zweites Mal das gleiche tragische Schicksal erleiden zu müssen und ebnet Wege zu Lösungslösungen, die heute noch vielfach unvorstellbar erscheinen mögen und doch eines Tages Wirklichkeit werden müssen: zu einer Europa ohne Grenzen, in dem die Völker in partnerschaftlicher Zusammenarbeit und gegenseitigem Respekt voneinander leben!

Ein belangloser Vorgang?

Macht ist kein Erbteil auf Ewigkeit

era. - Aus dem CDU-hörigen oder -geneigten Blätterwald rauscht es und knattert es mit bösem Ton. Der Sturmwind des bevorstehenden Machtverlustes reißt alle schönrednerisch gefärbten Feigenblätter hinweg und zeigt nun der staunenden Öffentlichkeit, wie es im Grunde genommen der CDU/CSU nur um den Besitz der Macht ging, die sie vor zwanzig Jahren mit einer einzigen Stimme Mehrheit gewannen, nämlich mit der Stimme Adenauers, der bekanntlich niemals pingelig war und sich, wenn auch nicht dokumentarisch nachweisbar, aber doch mit einer an Tatsache grenzenden Wahrscheinlichkeit selbst zum Bundeskanzler gewählt hat und damit für zwei Jahrzehnte lang die Ausübung der so hauchdünn gewonnenen Macht vorexerzierte.

Heute hat man das bei den bisherigen Inhabern der politischen Macht in der Bundesrepublik mit Fleiß vergessen, und nun wird mit allen zulässigen und kaum noch zulässigen Mitteln versucht, den Übergang der Macht an eine andere Koalition als Griff nach dem "Zipfel der Macht", ja, als "Probe zum Verfassungsbruch" suspekt zu machen. Daß dabei manchmal die Selbstkontrolle verloren geht und sonst betont kühle Köpfe verwirrt, bekundete Herr Rainer Barzel, den sogar Kardinal Döpfner zur Ordnung rief und ihm unerträgliche "Arroganz" vorwarf. Sollte das nicht jenen Wählern zu denken geben, die aus den unzähligen Wahlreden nur Beteuerungen christlicher Demut und Wahrheitsliebe und nicht mehr zu übertreffende Sorge um die "gefährdete Demokratie" vernahmen und nun sehen müssen, daß es um nichts weiter als die nackte Macht und heute um die nackte Angst wegen des Verlustes dieser Macht ging?

Noch ein Weiteres: Noch unter Adenauer und später unter seinen Nachfolgern wurde der isolierten Stadt Berlin immer wieder versichert, wie sehr man sie bedauere und liebe und wie man ihr selbst-

verständlich stets zur Seite stehen wolle. Heute liest man es anders: Das Bemühen, den Berliner Bundestagsabgeordneten auch im Bundestag nicht nur Sitz, sondern auch Stimme zu geben, wird - so Kurt Schatz im "Westfalen-Blatt" als Probe des "Verfassungsbruches", als "Unkenntnis des Grundgesetzes" - hingestellt. Wörtlich heißt es bei Kurt Schatz: "Daß die SPD den demokratisch belanglosen Vorgang des Händchebens der linientreuen Ost-Berliner Kammer zum Anlaß nimmt, um für Westberliner Abgeordnete das Stimmrecht in diesem Bundestag zu fordern, hat uns bestürzt".

Über die "Belanglosigkeit des Händchebens" kann man geteilter Meinung sein. Wir wollen keinem Bundestagsabgeordneten, auch nicht der CDU/CSU unterstellen, daß Abstimmungen für ihn "belanglos" gewesen seien, auch dann nicht, wenn - Parteidisziplin es forderte. Nur muß darauf hingewiesen werden, daß ja nicht nur "für diesen Bundestag" das Stimmrecht für Westberlins Abgeordnete gefordert worden ist, sondern solche Vorstöße schon früher unternommen und von den Westmächten nicht gebilligt worden waren, und zwar im Hinblick auf das früher sicher zu erwartende Veto der Sowjetunion.

Wie aber, wenn sich Moskaus Haltung zum Stimmrecht der Westberliner Abgeordneten änderte? Wird man dann noch auf den "Oppositionsbänken" von einem "Verfassungsbruch" sprechen? Diese Haarspaltereien sind doch nur der Strohalm, nach dem man greift, um vielleicht doch noch mit Kniffen und Winkelzügen die entschwindende Macht "am Zipfel" zu erwischen.

Es stünde den Zeternden besser an, sich mit demokratischer Würde in das Unvermeidliche zu fügen. Macht ist kein Erbeil auf Ewigkeit, und selbst eine Mehrheit von "nur" sechs Stimmen ist immer noch mehr als jene eine Stimme Mehrheit, die der aus zwei Parteien bestehenden christlichen Koalition für zwanzig Jahre den uneingeschränkten Besitz dieser Macht, auch im Verein mit der nunmehr von ihr so geschmähten und heimlich doch so begehrten FDP gewährte.

Landesgrenzen sind keine Hindernisse

Gemeinsame Planungsvorhaben von Hamburg und Niedersachsen

kr - Die erste Empfehlung der Hauptkommission der Landesplanungsarbeit Hamburg/Niedersachsen, die jetzt vom Senat der Freien Hansestadt Hamburg und der niedersächsischen Landesregierung verabschiedet wurde, ist ein Musterbeispiel dafür, daß es bei gemeinsamen Planungsaufgaben keine Ländergrenzen geben muß. In Regionen deren Interessen von mehreren Ländern planerisch zu respektieren sind, darf es bei der Abwicklung gemeinsamer Aufgaben keine Hindernisse geben. Das ist der wesentliche Inhalt dieser für den Stadtstaat und das Land Niedersachsen historisch zu wertenden Konzeption.

Beide Regierungen gehen von der - folgerichtigen - Erkenntnis aus, daß das Gebiet südlich der Elbe in einem Umkreis von etwa 50 Kilometern vom Zentrum Hamburgs aus ein wesentlicher Bestandteil des norddeutschen Küstenraumes ist. Hier laufen Interessen und Bedürfnisse der beiden Partner konform. Bisher schlugen sich die von Hamburg ausstrahlenden Impulse auf das nördliche Umland nieder. Nunmehr werden überörtliche Planungsmaßnahmen zunehmen, die auch die Standortvoraussetzungen in dem niedersächsischen Raum wesentlich verbessern können. Unter diesem Aspekt erlangen der Ausbau des Hamburger Hafens, die Ausweisung und Erschließung neuer großräumiger Industrie-, Gewerbe- und Wohngebiete, die Errichtung von Kernkraftwerken, die Ansiedlung größerer Industriebetriebe und der Bau der Autobahn als westliche Umgehung Hamburgs sowie des Elbe-Seitenkanals insbesondere für das niedersächsische Hinterland besondere Bedeutung.

Hamburg und Niedersachsen streben gemeinsam an, die "Tragfähigkeit und Anziehungskraft dieses Raumes zu erhöhen und dabei zugleich fortschrittliche Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen". Um dieses Ziel zu verwirklichen, muß eine Gliederung des Raumes für Wohnen, Arbeiten und Erholung, eine ausgewogene Wirtschafts- und Sozialstruktur und eine leistungsfähige Infrastruktur angestrebt werden.

Zwischen Cohn-Bendit und Kommerz

Buchmesse in der Phase der Veränderung

Von Wolfgang Tschechne

Sehr oft ist auf der Buchmesse 1969 über einen Verlag gesprochen worden, der in Frankfurt gar nicht vertreten war: Rowohlt. Man kennt die Schwierigkeiten dieses Hauses. Da wurde dem Leser auf der einen Seite die Beruhigung zuteil, daß morgens um sieben die Welt noch in Ordnung ist, und auf der anderen Seite nagten linke Rebellen wie Cohn-Bendit und Dutschke - beide Rowohlt-Autoren - eben diese gutbürgerliche Familienfriedlichkeit an; und zwischendurch wurde bei Rowohlt die Auseinandersetzung mit der DDR einer Unzahl von Propagandaraketen anvertraut. Das alles zusammen konnte nicht gutgehen.

Rowohlt lieferte so der Buchmesse das Symbol für die wachsenden Schwierigkeiten, das Buch in einer Welt des Konsums zwischen Ansprüchen und Anfechtungen hindurchzulavieren. Das Buch ist Ware, ohne Zweifel, und ohne Zweifel ist das ein nicht geringer Teil seiner Freiheit. Auf der anderen Seite aber bewirkt das Buch, stärker denn je, Bewusstseinsenerweiterung: Es fördert die kritische Reflexion eines Teiles unserer Gesellschaft darüber, daß die Weltanschauung des Konsums allein nicht mehr in der Lage ist, schöpferisch die Zukunft zu gestalten.

Der Bücherherbst von Frankfurt spiegelte so in der schwarz-weißen Abstraktion des Gedruckten die Schwierigkeiten unserer Zeit mit sich selbst. Zwischen Cohn-Bendit und Kommerz wird literarisch durchgespielt, wie groß die Chance menschlicher Selbstbestimmung und Selbstorganisation in einem kapitalistisch vorprogrammierten Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ist. Das Schauspiel ist aufregend interessant.

Zwei extreme Gegenpositionen bei diesem Spiel der Möglichkeiten haben sich in Frankfurt jenem Betrachter zu erkennen gegeben, der Bücher vor allem als Ausdrucksmittel des großen Gesprächs der Menschheit mit sich selbst versteht. Die eine Position wird vertreten durch die Münchner Gruppe der zwanzig Verlage, durch einen neuen Mammutkonzern des gedruckten Wortes mit 250 Millionen Mark Jahresumsatz. Man muß zu lesen verstehen: Die zwanzig bisher selbstständigen Büchermacher "sehen den Sinn ihrer Vereinigung in der Erreichung größerer Rationalisierungseffekte durch Kooperation ihrer Geschäftstätigkeit". Das ist doch, wie es so wörtlich in einer Presseinformation steht, nicht mehr die Sprache von Leuten, die mit Büchern umgehen; das ist die Sprache in den Vorstandssitzungen der Industriekonzerne an Rhein und Ruhr.

Die entgegengesetzte Position vertritt Klaus Wagenbach aus Westberlin mit seinem zwar kleinen, aber angesehenen Verlag. Seine

Mannschaft: acht Mann. Sein Jahresumsatz 1968: rund 400.000 Mark. Wagenbach hat zur Buchmesse seine avantgardistische Verlagsverfassung vorgelegt. Danach hat eine jährliche Autorenversammlung das Kontrollrecht über alle Verlagsvorgänge; die Gehälter der Wagenbach-Leute richten sich nach den "notwendigen Bedürfnissen" jedes einzelnen, und über deren Legitimität entscheidet das Kollektiv.

München und Berlin: Gegenpole in so weiter Entfernung, daß man sich kaum noch sehen kann. Der Münchner Riese wird der Ware Buch in der Zukunft sicherlich noch zu größerer Marktdimension verhelfen. Aber vielleicht bewirkt der kleine Berliner, daß einigen nachdenklichen Lesern die Verhältnisse der Welt durchsichtiger werden. Bleibt die Frage, was mehr wiegt. Bleibt aber auch die Feststellung, daß sich gerade diesmal in Frankfurt eine Gruppe zu Wort gemeldet hat, die mit Elen zwischen Cohn-Bendit und ausschließlichen Kommerz ihren eigenen Weg sucht.

Neue Möglichkeiten der internationalen Zusammenarbeit standen im Mittelpunkt eines Treffens, das von der Gruppe Sozialistischer Verleger, Buchhändler und Bibliothekare in Frankfurt abgehalten wurde. Der Leiter der Gruppe, der hannoversche Verleger Gustav Schmidt-Küster, konnte dabei vor einem international zusammengesetzten Auditorium bereits auf erste sehr gute Ergebnisse hinweisen. Hans Janitschek aus London, der neue Sekretär der Sozialistischen Internationale, stellte die volle Unterstützung seiner Organisation für die Absicht zur Verfügung, dem Buch in der modernen Gesellschaft größeren Raum zu verschaffen. Eine Buchausstellung mit dem Thema "Europäischer Sozialismus" anlässlich eines Kongresses der Sozialistischen Internationale in Eastborne (England) habe, so berichtete Janitschek, einen ungewöhnlichen Erfolg gehabt; eine bewußte Hinwendung auf das Buch sei in Zukunft noch verstärkt beabsichtigt.

Die kommende Jahrestagung der Gruppe Sozialistischer Verleger im Mai 1970 wendet sich, so wurde in Frankfurt beschlossen, einem Thema zu, das künftig im Vordergrund der Arbeit stehen soll. Es geht um die Bildungspolitik für heute und morgen. Es ist beabsichtigt, die Tagung in internationalem Rahmen durchzuführen und dabei zu diskutieren, wie eine Politik der praktischen Vernunft durch das Buch gefördert werden kann.

Die Tagung der sozialistischen Gruppe ist mit ihren Auswirkungen für die Zukunft des Buches ein Zeichen dafür, daß sich die Buchmesse in einer wichtigen Phase der Veränderung befindet. Eine Rückkehr zur reinen Handelsmesse ist nach allem, was geschehen ist, nicht mehr möglich: Zu sehr hat sich die Literatur zu einem "politischen Stoff" entwickelt, wie es Dieter Lattmann, der Vorsitzende des Deutschen Schriftstellerverbandes, einmal ausgedrückt hat. Die Messe ist dabei, sich zu einem Umschlagplatz freier Meinungen zu entwickeln. Lattmann drückte das so aus, daß der Schriftsteller dieser Zeit sich nicht mehr als das "Gewissen der Nation" empfinden könne, sondern daß er zu einer "rastlosen Unruhe im Getriebe der Gesellschaft" geworden sei.

Diese Entwicklung spiegelt sich auch in dem Motto, unter dem die kommende Tagung der Gruppe Sozialistischer Verleger steht. Es ist ein Satz von Thomas Mann: "Das Buch von heute ist die Tat von morgen".